



- ▶ Werner Seppmann: Warum wählen Arbeiter die AfD?
- ▶ „Der Herren eigener Geist“ – Eine aktuelle Streitschrift

Warum wählen Arbeiter die AfD?

Es hat keine fünf Jahre gedauert, bis aus der anfänglichen „Professorenpartei“ AfD, entstanden aus einer von „Honoratioren“ getragenen Bewegung gegen den Euro bzw. den „Euro-Rettungsschirm“, eine Formation mit politischer Prägekraft geworden ist. Die Partei dürfte mittlerweile die Sozialdemokraten als zweitstärkste politische Kraft in der BRD abgelöst haben. Es wäre jedoch zuviel der Ehre, der AfD zu attestieren, ihr Aufstieg habe das politische Koordinatensystem der BRD durcheinandergewirbelt. Denn tatsächlich sind durch ihren Erfolg nur existierende Tendenzen sichtbar geworden: Der Rechtspopulismus hat vorhandener Fremdenfeindlichkeit und einem nationalistischen „Grundrauschen“ einen konkreten Ort gegeben. Die Deutschlandfahnen in den kleinbürgerlichen Vorstadtsiedlungen und auf den Balkonen der Sozialwohnungen sind schon lange vor dem Aufstieg der AfD unübersehbar gewesen.

Zementierung der Spaltung

Aus ihrer gemeinsamen Niederlage haben die etablierten Parteien offensichtlich nichts gelernt. Es ist Bestandteil der „Erfolgsbilanz“ der AfD, daß sich fast alle politischen Kräfte der BRD deren chauvinistischer Position in der Flüchtlingsfrage angenähert haben. Die Hoffnung, den politischen Konkurrenten auf diese Weise zurückdrängen zu können, hat sich nicht erfüllt. Am allerwenigsten sind die Sozialdemokraten in der Lage zu vermitteln, weshalb man sie wählen sollte. Aus beinahe jeder Äußerung des SPD-Personals wird deutlich, daß nichts, aber auch gar nichts aus dem dramatischen Absturz gelernt wurde. Versprochen wird zwar, die „Übertreibungen“ der Hartz-IV-Zumutungen zu „korrigieren“, aber zu mehr als zu „Schönheitsreparaturen“ scheint niemand bereit zu sein. Typisch ist die aktuelle Forderung der SPD-Vorsitzenden Andrea Nahles, die Sanktionen (Leistungskürzungen bei „Fehlverhalten“) für jüngere Hilfebedürftige abzuschaffen. Grundsätzlich wird damit allerdings weiterhin die Praxis akzeptiert, die Hilfssätze unter das Existenzminimum zu drücken – wovon jährlich fast eine Million Bedürftige betroffen sind.

Nicht einmal ansatzweise existiert ein Bewußtsein davon, wie sehr sich die Partei mit den Angriffen auf die Sozialsysteme und die Lebensinteressen der Lohnabhängigen diskreditiert hat. Geradezu zynisch mutet an, daß ein „Neuanfang“ ausgerechnet mit Andrea Nahles gelingen soll, die sich bedenkenlos als Propagandarednerin der Schröderschen „Agenda-Politik“ betätigt und im demagogischen Jargon verkündet hatte: „Wir wollen die Leistungsbereitschaft der Menschen nicht durch karitative Transferlogiken einschläfern.“¹ Die Umsetzung dieses Programms hieß Einschüchterung durch Verunsicherung. Es gibt also Gründe, warum den Sozialdemokraten die Stammwähler davongelaufen sind und etliche von ihnen inzwischen der AfD ihre Stimme geben. Man wird jedoch genauer hinsehen müssen, aus welchen gesellschaftlichen Schichten die AfD-Wähler kommen.

Eine knappe Skizze der bundesrepublikanischen Klassenverhältnisse vermag zu illustrieren, in welchem sozialen Umfeld der Aufstieg der Partei stattgefunden hat.² In den vergangenen Jahrzehnten fanden tiefgreifende Veränderungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen statt, die auch innerhalb der Linken nur selten in klassenanalytischer Perspektive diskutiert wurden. Die offensichtliche Hilflosigkeit gegenüber dem Rechtspopulismus geht auch darauf zurück.

Grundlegend waren eine beispiellose Privilegierung der oberen Gesellschaftsschichten auf der einen Seite und eine Spaltung der unteren Schichten auf der anderen. Die oberen zehn Prozent sichern sich mittlerweile einen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum, wie das zuletzt im Kaiserreich der Fall war. Auf der Stufe darunter finden wir die gesellschaftlichen „Funktionsträger“, die Professoren, Manager, Finanztechniker, Rechtsexperten ebenso wie die gehobene technische Intelligenz – nicht zu vergessen auch die Berufspolitiker und die Profiteure der mikroelektronischen Revolution. Alle diese Gruppen sind ständig bemüht, ihre Privilegien (beispielsweise durch Steuersenkungen) zu erhalten und Einfluß auf das gesellschaftliche Geschehen gemäß ihrer Interessen zu nehmen.

Darunter beginnt mit vielen Abstufungen der Bereich, der heute undifferenziert als gesellschaftliche Mitte bezeichnet wird. Das trifft die Sache nicht ganz, soll jedoch hier nicht weiter problematisiert werden. Auch in den oberen Segmenten dieser „Mitte“ ist ein nicht unerheblicher Teil unter Druck geraten. Viele fühlen sich vom Abstieg bedroht, weil sie merken, daß ihre gesellschaftliche Stellung nicht mehr so stabil ist, wie sie einst wähten und wie die offiziellen Propagandaredner behaupten. Diese Unsicherheit hat viele Facetten. Beispielsweise resultiert sie aus der Erfahrung, daß der Stuserhalt für die Kinder keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Ein anderer Aspekt, der in der Regel kaum thematisiert wird, sind die Verdrängungserfahrungen durch die sich ausbreitende Digitalwirtschaft. Der Apotheker hat es mit den Internetanbietern ebenso zu tun wie der Inhaber einer Lotto-Annahmestelle.

Bedrohungserfahrungen

Die Lebenssituation einer ehemals „gutsituierten Mitte“ ist in der Regel dadurch charakterisiert, daß sie immer mehr und intensiver arbeiten muß, um „über die Runden“ zu kommen. Gestiegen ist der zur Existenzsicherung notwendige Einsatz von Lebensenergie, ohne sich der erreichten Position jemals ganz sicher sein zu können, denn auf der erreichten sozialen Stufe scheint für alle kein Platz mehr zu sein. Das ist eine realistische Wahrnehmung. Die sozialstatistischen Daten dokumentieren, daß „nicht nur die Aufstiegsdynamik stagniert, [sondern] auch die Abstiege“ sich häufen.³ Was zu betrachten übrigbleibt, ist der arme Rest der Gesellschaftspyramide, also ziemlich exakt deren untere Hälfte, die sich zu 20 Prozent aus Menschen zusammensetzt, die in der einen oder anderen Form in Armut leben, und einer weiteren Gruppe – etwa 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung –, die permanent vom sozialen Absturz bedroht ist. Wie dramatisch sich die Verhältnisse in den vergangenen Jahrzehnten verändert haben, wird dadurch deutlich, daß 1965 nur jedes 75. Kind auf Sozialhilfe angewiesen war. Heute ist es (mindestens) jedes fünfte.⁴

Zweifellos gibt es nicht wenige Lohnabhängige, gerade auch unter den Facharbeitern und mittleren Angestellten, die noch in gesicherten Verhältnissen leben. Aber ganz so „komfortabel“ wie noch in der jüngeren Vergangenheit erleben sie ihre Situation nicht mehr. Beispielsweise wird in den Betrieben die unübersehbare Anwesenheit von prekär Beschäftigten („Randbelegschaften“) als das erfahren, was sie im Sinne des Kapitals auch ist: eine ständige Erinnerung an die Unsicherheit der eigenen Existenz.

In einer aktuellen Studie zur Klassenstruktur der bundesrepublikanischen Gesellschaft wird der Anteil der Lohnabhängigen, die

intensiv an der Verteidigung ihrer Position arbeiten müssen, auf 65 Prozent geschätzt. Diejenigen, die dieser Gruppe zuzuordnen sind, werden in dieser bemerkenswerten Studie mit großer Plausibilität als „Kämpfer“ bezeichnet, „weil sie zur Berufsarbeit gezwungen sind und sie um Leistung und Verdienst täglich kämpfen müssen“.⁵ Es kommt als belastender Faktor hinzu, daß viele traditionelle „Gewißheiten“ keine Gültigkeit mehr haben und die Zukunftsperspektiven weniger kalkulierbar geworden sind.

Alle verunsichernden Veränderungen und Wahrnehmungen werden von der Hartz-IV-Bedrohung überwölbt, die jeden 40jährigen permanent daran erinnert, daß er in spätestens zehn Jahren, wenn er „aus dem Tritt“ gerät, schnell in die Abstiegsspirale geraten kann. Besonders diese letztgenannte Gruppe fühlt sich, wenngleich sie in etwas besseren Verhältnissen lebt, von der AfD angesprochen bzw. umgekehrt von ihren bisherigen Interessenvertretern verraten und verkauft. Vor diesem Hintergrund ist es bezeichnend, daß die Gewerkschaften in der amtlichen Kommission zur Anpassung des Mindestlohns sich gerade zum zweiten Mal mit den Unternehmervertretern darüber einig waren, nur die gesetzlich vorgeschriebene Mindesthöhung vorzunehmen.

Die politische Bühne haben nun also Akteure betreten, von denen die Verunsicherten, Bedrohten und Abgehängten den Eindruck haben, daß sie für ihre Sorgen und Nöte ein offenes Ohr haben. Deren gegenwärtiger Zuspruch dokumentiert, daß sie einen Nerv getroffen haben, obwohl die AfD in entscheidenden Punkten wie der historische Faschismus vorgeht, sich des Mittels Betrug bedient, um den Eindruck zu erwecken, für die „da unten“ dazusein. Das ist taktisches Kalkül. Die tonangebenden AfD-Politiker wissen, was sie tun: Sie folgen einem Konzept von Armin Mohler, einem, wenn man so will, Vordenker des Rechtspopulismus, der herausgearbeitet hat, daß eine rechte Strategie die Stimmung in Krisenzeiten instrumentalisieren kann, wenn sie „Fürsorglichkeit“ und Verständnis vortäuscht: Solche Orientierungen rechter Bewegungen auf eine „Politik der Sorge“ ermöglichen politischen Terraingewinn.⁶

Alte Kameraden

Der Blick auf eine verbreitete Verunsicherung, auf die nicht zuletzt die Erfolge der Rechtspopulisten zurückgehen, sollte jedoch nicht davon ablenken, daß keinesfalls nur „Abgehängte“ und verunsicherte „Mittelschicht“ von der AfD angesprochen werden. In der ersten Reihe aktiv sind die Protagonisten einer „gefestigten“ Rechten, die sich in einer Traditionslinie mit den „alten Kameraden“ sehen. Hinzu kommen die Vertreter eines nationalkonservativen Blocks, die eine Vermittlerfunktion zwischen dem Rechtspopulismus und traditionell faschistischen Orientierungen einnehmen.

Anfänglich blieb die tatsächliche Ausrichtung der AfD undeutlich. Es schien sachlich unangemessen, von ihr als einer neofaschistischen Partei zu sprechen – obwohl es einen solchen Strang seit ihrer Gründungsphase gab. Eine durch und durch faschistische Partei ist sie zwar immer noch nicht, aber die Demarkationslinie zwischen Rechtspopulismus und Neofaschismus verschwimmt mehr und mehr. Spätestens seit den letzten Parteitag ist deutlich geworden, wie stark die Neofaschisten inzwischen sind.

Es hat viele wegbereitende Faktoren gegeben (die „geistig-moralische Wende“ der Kohl-Zeit und auch die rassistische Sarrazin-Welle gehören dazu), und dennoch ist das Tempo der Rechtsentwicklung, die sich in den innerparteilichen Formierungsprozessen der AfD manifestiert, überraschend: Der Einfluß der dezidiert rechtsextremen

Kräfte ist deutlich gestiegen. Immer prägender werden die Akteure aus der Richtung um den Faschisten sans phrase Björn Höcke. Unabhängig davon, wie diese neofaschistischen Tendenzen bewertet werden, ist es denkbar, daß sie (wenn auch indirekt) den Weg für einen „traditionellen“ Faschismus bereiten können. Die aktuelle Entwicklung in Italien sollte eine Lehre sein. Die AfD könnte ähnliche Effekte erzielen wie die „Fünf-Sterne-Bewegung“, die mit ihrer vorgeblichen Antipolitik „dem getarnten Faschismus der Lega Nord Tür und Tor geöffnet“ hat.⁷ Jedoch selbst diese Bewegung nimmt gegenwärtig nur eine Platzhalterrolle ein, insofern sie das Feld für einen formierten Faschismus, einer Bewegung autoritärer Apparate und totalitärer Erziehung, der Militarisierung und einer Politik der Gewalt vorbereiten kann. Die Fraktion der Mussolini-Anhänger steht jedenfalls Gewehr bei Fuß.



Verlogene und sozialdemagogische „Politik der Sorge“. Die AfD gibt vor, für jeden etwas im Angebot zu haben (Wahlkampfbus in Frankfurt/Oder im September 2017)

Erfolgreiche Medienoffensive

Große Teile der etablierten Medien verhalten sich zum bundesrepublikanischen Rechtspopulismus mindestens distanziert, oftmals ablehnend. Darauf ist nicht viel zu geben, da AfD und Co auf die etablierten Meinungsdistributoren kaum angewiesen sind. Die Rechte weiß die sogenannten neuen Medien effektiv und erfolgreich zu nutzen.⁸ Traditionelle Wege der Meinungs- und Einstellungsvermittlung werden dadurch unterlaufen.

Die nackten Tatsachen sprechen eine deutliche Sprache: Rechts-extreme und rechtspopulistische Webseiten erreichen tagtäglich Zigtausende Leser. Die „national-konservative“ Wochenzeitung „Junge Freiheit“ kommt laut Analysedienst „Similar Web“ mit ihrer Website jeden Monat auf mehr als 2,6 Millionen Zugriffe. Noch einflußreicher ist der islamfeindliche Blog „PI-News“ mit monatlich rund 5,3 Millionen Zugriffen, und die Wutbürgerpostille „Epoch Times“ kommt binnen der gleichen Zeitspanne auf eine Zahl von fast sechs Millionen.⁹

Diese Liste könnte fortgesetzt werden. Damit allerdings sind lediglich Aktivitäten auf der Ebene organisierter Propaganda erwähnt. Hinzu kommen die irrationalistischen, haßtriefenden Kommentare in den beschönigend so bezeichneten „sozialen Netzwerken“. Widerwillig hat der Direktor der Medienanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen die gravierenden Ausmaße dieses Betätigungsfeldes politischer Irrläufer dokumentiert. Mit abwiegelnden Worten wurden von ihm im

Sommer 2018 Untersuchungsergebnisse präsentiert, die ergeben hätten, daß diese Szene in der „öffentlichen Wahrnehmung“ maßlos überschätzt werde, denn bloß „ein Prozent der Nutzer“ verbreite „Haßkommentare“.

Ein Prozent? Eine zu vernachlässigende Größe? In absoluten Zahlen sind das innerhalb des Untersuchungszeitraums sage und schreibe 700 000 faschistoide Meinungsäußerungen, die strafrechtliche Relevanz besitzen. Wohlweislich verschwiegen wird dabei zudem, wie viele (zustimmende) Leser solche Kommentare erreichen. Entgegen der offiziellen Verharmlosung wird man sagen müssen: Es hat sich eine Sturmtruppe reaktionärer Stimmungsmache formiert.

Was sich im Erfolg der populistischen Rechten ausdrückt, ist dennoch nicht ursächlich auf die neuen Kommunikationskanäle zurückzuführen. Denn ihr Aufstieg gründet in krisenhaften Entwicklungen von Ökonomie und Gesellschaft, in der Allgegenwart von Vorurteilen und sozial stimulierten Abgrenzungsbedürfnissen. Aber auch an eine weit nach rechts offene „Gesinnungslage der Nation“ kann die AfD bruchlos anschließen.

Die empirischen Rohdaten sprechen für sich: Einzelne Elemente rechter, antidemokratischer, sozial-diskriminierender, fremdenfeindlicher und völkischer Einstellungen werden von bis zu 60 Prozent der Bevölkerung geteilt. Noch vor wenigen Jahren resistent gegen allzu plumpe Verunglimpfungen, wurden nach der Weltwirtschaftskrise auch Teile einer „gutbürgerlichen Mitte“ von den Stimmungen eines ohnehin schon erklecklichen Teils der Bevölkerung erfaßt, der beispielsweise meint, es sei „empörend“, daß sich die Langzeitarbeitslosen „auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben“ machten.

Der Anteil der Menschen mit latent antisemitischen Einstellungen liegt in der BRD im Bereich von 20 Prozent. Viele Untersuchungen verfehlen jedoch die tatsächliche Dramatik der Bewußtseins- und Stimmungslage, weil sie von rechtsextremen Einstellungen nur dann sprechen, wenn geschlossene Weltbilder ausgemacht werden, wenn also Rassismus, autoritäre Politikvorstellungen, Fremdenfeindlichkeit, Gewaltphantasien und Antisemitismus gemeinsam auftreten. Die Zustimmung zu einer rechtsextremen Ideologie bewegt sich dann tatsächlich „nur“ im Bereich von zehn Prozent. Aber diese Einschätzung ist irreführend, denn reaktionäre Weltbilder sind auch jenseits von Antisemitismus und Führerkult weit verbreitet. Das hat zur Folge, daß alle, „die zum Beispiel eine autoritäre Herrschaftsform ablehnen und die Demokratie grundsätzlich für gut halten [und so wäre noch hinzuzufügen, bei Wahlen für Parteien der „Mitte“ votieren], allerdings zugleich rassistische oder antisemitische Einstellungen haben, (...) statistisch nicht zu dieser Personengruppe gezählt“ werden.¹⁰

Alltäglicher Irrationalismus

Zwar vertreten die Parteigänger rechtspopulistischer Gruppierungen überdurchschnittlich oft rassistische bzw. fremdenfeindliche Positionen und bevorzugen autoritäre Politikkonzepte: Jedoch sind die rechten Weltbilder oft genug auch mit Einstellungen der „Mehrheitsgesellschaft“ vereinbar, in der Abwertungs- und Ausgrenzungsphantasien seit jeher vorhanden sind, weil sie den „gewöhnlichen“ marktextremen und damit sozialdarwinistischen Auffassungen von der „Natürlichkeit“ eines Kampfes aller gegen alle entsprechen. Von der AfD wird deshalb auch nicht ursächlich die „Entsolidarisierung und Spaltung der Gesellschaft betrieben“, wie oft zu lesen ist, sondern sie instrumentalisiert reale Ausgrenzungs- und Abwertungs Vorgänge. Es sind die kapitalistischen Funktionsmechanismen, die irrationalistische Denkmuster und Stigmatisierungsbedürfnisse

produzieren. Selbst unter Druck geraten, pocht ein wachsender Teil auf vermeintlich angestammte „Vorrechte“ („Arbeitsplätze für Deutsche“) und wertet gleichzeitig (als hilflose Geste der Distanzierung gegenüber Verhältnissen, in die man abzurutschen befürchtet) jene ab, denen es noch schlechter geht: Denn „geht das Geschäft nicht wie gewöhnlich, dann wird der Sinn scharf“.¹¹

Solche Reaktionsmuster sind der eigentliche Humus für die rechten Bewegungen, die erst versetzen sie in die Lage, durch Personalisierung („Flüchtlinge“, „Islamisten“ etc.) ein irrationalistisches Bedrohungsbild zu schaffen. Die rechtspopulistische Weltbildarbeit schließt also direkt an bestehende Abwertungsphantasien an, kanalisiert und „unterfüttert“ sie mit ihren Stereotypen der Diskriminierung. Diese propagandistische Vermittlungsarbeit fügt sich jedoch nicht automatisch zu einer kompakten rechtsextremen Ideologie: Sie kann jedoch eine Zwischenstufe bei deren Vermittlung, Ausbildung und Verfestigung sein.

Was eine gesellschaftliche Linke am Aufstieg einer rechten Bewegung in der Bundesrepublik vorrangig interessieren muß, ist die Frage, warum so viele „sozial Schwache“ zum Rechtspopulismus tendieren, aber auch Gewerkschafter bereit sind, bei Wahlen der AfD ihre Stimme zu geben. Auf den ersten Blick sprechen die Zahlen für sich: Der Anteil der Wahlberechtigten mit AfD-Präferenzen liegt bei Beschäftigten mit einfacher beruflicher Qualifizierung und bei Arbeitern bei 36 Prozent. Auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern in diesen Beschäftigtengruppen beträgt er noch 24 Prozent.

In den Betrieben hat die AfD organisatorisch noch nicht flächendeckend Fuß fassen können, aber immerhin wichtige Brückenköpfe erobert: Betriebsgruppen gab es Ende 2017 beispielsweise bei Volkswagen, im BMW-Werk Leipzig, bei Opel in Rüsselsheim und bei Daimler in Rastatt. Bei den Betriebsratswahlen 2018 erzielte die AfD-nahe Liste „Zentrum Automobil“ im Daimler-Werk Untertürkheim ein Stimmenergebnis von 13,2 Prozent und kann damit sechs Betriebsräte stellen.

Veränderung des Betriebsklimas

Grundlage des Bedeutungszuwachses rechter Akteure ist eine mehr als schleichende Veränderung des betrieblichen Klimas in Richtung fremdenfeindlicher und sozialdemagogischer Orientierungen in den vergangenen Jahren. Diese Entwicklung hat zunächst ohne einen unmittelbaren Einfluß rechter Aktivisten stattgefunden. Die Formierung „beginnt im Kleinen. Etwa bei Diskussionen in der Pause über Flüchtlinge, wo es dann heißt: ‚Die bekommen alles umsonst, und wir müssen dafür arbeiten‘, und reicht bis dahin, daß Gewerkschaftsfunktionäre ausgepiffen werden, wenn sie sich auf Betriebsversammlungen kritisch zur AfD äußern“.¹²

Bei solchen Erfahrungen muß jedoch berücksichtigt werden, daß rechtspopulistische Tendenzen bei Lohnabhängigen nicht automatisch mit geschlossenen rechten Weltbildern einhergehen, denn zu einem beträchtlichen Teil handelt es sich bei der Übernahme rechter Parolen in einem Klima der Orientierungslosigkeit um „symbolische“ Akte, mit denen Benachteiligte und Verunsicherte auf ihre Probleme aufmerksam machen wollen, die nach ihrem Eindruck von keiner politischen Gruppierung mehr aufgegriffen werden. Die rechtspopulistische Partei erhält Zustimmung, weil ihre assoziativen Schlagworte den Nerv vieler Beschäftigter mit ihren Sorgen, Befürchtungen und Ängsten treffen: „Die Partei ist ein Resonanzraum für Gefühle und eine Projektionsfläche für Hoffnungen. Deshalb reicht es nicht aus, ihr nur mit Fakten Paroli zu bieten. Ängste lassen sich nicht dementieren, Wut läßt sich nicht wegargumentieren.“¹³

Es gibt Aspekte der Hinwendung zu den rechtspopulistischen Gruppierungen, die man, „so widersprüchlich es klingen mag, (...) zumindest teilweise als eine Art politischer Notwehr der unteren Schichten interpretieren muß“, denn die Menschen „versuchen, ihre kollektive Identität zu verteidigen, oder jedenfalls eine Würde, die seit je mit Füßen getreten worden ist und nun sogar von denen mißachtet wurde, die sie zuvor repräsentiert und verteidigt hatten“.¹⁴ Es ist ja nur zu offensichtlich, daß es – von Labour in Großbritannien über die „Sozialisten“ in Frankreich bis zur SPD in der Bundesrepublik – „Sozialdemokraten“ waren, die in den 90er Jahren dem Neoliberalismus mindestens als Steigbügelhalter, wenn nicht sogar als dessen „Vortrupp“ gedient haben.



Diese Kollegen zumindest schoben der sozialdemagogischen Betriebsagitation Björn Höckes einen Riegel vor (Vor dem Opelwerk in Eisenach am 24. April 2018)

Sozialpolitische Zäsur

Wut und Zorn verstärkten sich, als die Monstrosität der Hartz-Gesetze allmählich sichtbar wurde.¹⁵ In Kombination mit den infolge der Weltwirtschaftskrise intensivierten Bedrängungs- und Unsicherheitserfahrungen entwickelte sich bei den Belegschaften sogar ein latenter Antikapitalismus, der jedoch keinen Adressaten kannte. Die Belegschaften der Industrie erwarteten am allerwenigsten noch etwas von den Gewerkschaften.¹⁶ Wut und Zorn blieben folglich ziellos. Vor allem die besonders intensiv Bedrängten und die „Abgehängten“ resignierten – bis sich Pegida formierte und die AfD durch ihre Wahlerfolge die Aufmerksamkeit auf sich zog. Ihnen gelang es, der Erregung eine Richtung zu geben. Die zuvor diffuse Wut fand nun eine Projektionsfläche. Sie „resultiert nun nicht mehr weitgehend in Ohnmacht, sondern setzt neue kollektive Machtphantasien frei“.¹⁷ Im Windschatten der politischen Bedeutungszunahme der AfD kam es in den Betrieben zu einer verstärkten Akzeptanz rechter „Erklärungsmuster“, auch wenn offene Zustimmung zum Rechtspopulismus noch die Ausnahme war. Artikuliert wurden rechte Schlagworte und Parolen „zunächst vor allem in privaten Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen“¹⁸, die direkte fremdenfeindliche Artikulation wurde jedoch vermieden, weil sie zumeist noch auf Widerspruch traf. Aber dann wurde die „Flüchtlingswelle“ zu einem „Medienereignis“, latente und schemenhafte ausländerfeindliche Einstellungen gewannen an Kontur, wurden radikaler. Vorurteile wurden ungehemmter ausgesprochen – und gleichzeitig wurde die Gegenwehr von Kolleginnen und Kollegen schwächer. Ein Gewerkschafter hat diese Entwicklung zutreffend zum Ausdruck gebracht: „Diese Flüchtlinge (...), das hat das Faß zum Überlaufen gebracht.“¹⁹

Merklich nahm die Bereitschaft zu, demagogische Sprachmuster aufzugreifen. Offensichtlich gab „es im Kontext der Fluchtbewegung einen signifikanten Prozeß der Enttabuisierung rassistischer Ressentiments in Betrieben und Verwaltungen“.²⁰ Was bis dahin eher verhalten ausgesprochen wurde, geschah nun freimütiger: Die Enttabuisierung ging mit der Enthemmung einher. Dadurch wurde „ein Alltagsrassismus sichtbar, bei dem die Übergänge von provokanten, aber nicht fest im rechten Ressentiment verankerten Äußerungen bis zu verbalen rechtsradikalen Stigmatisierungen und Ausgrenzungen durchaus fließend sind“.²¹

Spaltende Gewerkschaftspraxis

Diese „Entgrenzungen“ in den Betrieben sollten nicht überraschen, denn die Zunahme diskriminierender Aussagen ist über lange Jahre durch die Privilegierung der Interessen von Stammebelegschaften in der praktischen Gewerkschaftsarbeit in nicht wenigen Branchen vorbereitet worden. Mit dieser gewerkschaftlichen Reaktion auf die tiefen Einschnitte in das Arbeitsrecht durch die neoliberalen „Reformen“ (die prekäre Beschäftigung im gegenwärtigen Umfang erst ermöglicht haben) wurde die Axt an die Wurzeln der Tradition solidarischer Interessenvertretung gelegt und der Geist der Konkurrenz gefördert, womit die AfD-Aktivistinnen in den Betrieben demagogisch umzugehen wissen. Bei ihren Auftritten demonstrieren diese gleichzeitig eine bemerkenswerte „Flexibilität“, weil sie einerseits an die gewerkschaftliche Politik der Vorzugsbehandlung der Stammebelegschaften anschließen, jedoch auch die eingeschliffene Ausgleichsrhetorik von am Ko-Management orientierten Betriebsräten kritisieren. Sie benennen reale Konflikte und präsentieren sich als konsequente Interessenvertreter der (Stamm-)Belegschaften.

Ihre Fähigkeit, so aufzutreten, ändert nichts an der machtkonformen Funktionalität der rechten Aktivistinnen: Sie artikulieren sich latent „antikapitalistisch“, leisten faktisch jedoch ideologische Entlastungsarbeit, indem sie vom grundlegenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ablenken, indem sie die Konflikte nach dem Motto ethnisieren: „Die Asylanten bedrohen den Sozialstaat.“

Obwohl rassistische und fremdenfeindliche Äußerungen sich häufen, bleibt dennoch fraglich, ob Arbeiter tatsächlich überproportional rassistisch oder fremdenfeindlich sind, wie einige Untersuchungen nahelegen. Betrachtet man einzelne Befragungsergebnisse, ist zwar eine größere xenophobe Tendenz bei den „bildungsfernen Schichten“ zu erkennen. Aber nicht auszuschließen, sogar wahrscheinlich ist, daß deren Angehörige nur mit weniger Kalkül, mit geringerer Rücksicht auf „Anstands“-Gebote die ihnen gestellten Fragen beantworten und sich auch alltäglich unbedachter artikulieren, als es bei Kleinbürgern und „Gebildeten“ der Fall ist. Dies nicht berücksichtigt zu haben, ist auch der große Nachteil der Klage von Didier Eribon über den in der französischen Arbeiterklasse verbreiteten Rassismus.²² Ohne Frage gibt es diese rassistischen Tendenzen in Frankreich wie auch anderswo – aber nicht nur innerhalb der Arbeiterklasse. In sozialen Bedrängungssituationen artikuliert sich Rassismus in den proletarischen Lebensbereichen zwar offensichtlicher als in den „gehobenen“ Schichten – aber letztlich nur in Nuancen und auch aufgrund einer weniger „flexiblen“ Artikulationsfähigkeit. Arbeiter sind offensichtlich auch eher bereit, ihrer tatsächlichen Stimmung freien Lauf zu lassen, als das beim „mittleren Mann“ (Bloch) der Fall ist, der gelernt hat, sich „legitim“ zu äußern und unauffälliger zu verhalten.

Gesten der „Nichtkonformität“

Für die Zustimmung zur AfD ist zunächst kein umfassendes Einverständnis mit ihrer Programmatik erforderlich. Viel entscheidender ist die Aura der „Nonkonformität“, mit der die Partei sich umgibt: Sie wird gegenüber den etablierten Parteien als „anders“, gar „alternativ“ erlebt. Besonders „attraktiv“ ist der Aufmerksamkeits-effekt, der mit dem Wahlvotum verbunden ist. Die AfD-Wähler haben das Gefühl, endlich einmal mit ihren Problemen von „der Öffentlichkeit“ ernst genommen zu werden. In diesem Sinne ist vor allem das Wahlverhalten von Angehörigen der „Unterschichten“ von einem gewissen „Pragmatismus“ geprägt: Es „gleichet einem Ausprobieren unterschiedlicher Optionen. Ob sie bei der AfD für längere Zeit heimisch werden, ist nicht ausgemacht.“²³

Da der Aufmerksamkeitseffekt eine wesentliche Motivation für das AfD-Votum ist, spielen die tatsächlichen Resultate der politischen Arbeit der Partei eine nachgeordnete Rolle. Es wird in der Regel von ihr auch nicht viel erwartet. Wie wenig die konkreten Probleme und die tatsächlichen politischen Erfolge bei der Parteinarbeit für den Rechtspopulismus eine Rolle spielen, wird in den Gesprächen deutlich, die die US-amerikanische Soziologin A. R. Hochschild mit Tea-Party-Aktivistinnen und Trump-Anhängern in den USA führte. Obwohl Opfer von Umweltkatastrophen und sensibilisiert für ökologische Fragen – etwa weil die Umweltvergiftung viele Familienmitglieder das Leben gekostet hat – ergreifen sie dennoch Partei für Kandidaten, die sich gegen wirkungsvolle Umweltschutzmaßnahmen ausgesprochen haben. Sie lassen sich von den demagogischen Politikern beeinflussen, die dieses Thema gegen das Versprechen von mehr und sicheren Arbeitsplätzen ausspielen. Trotz der Erfahrung mit den großen Umweltkatastrophen im Golf von Mexiko schenken sie der Parole „Je mehr Öl, um so mehr Arbeitsplätze“ unbedingt Glauben.²⁴

Unter den verbreiteten Stellungnahmen zum Erfolg der Rechtspopulisten gibt es Einschätzungen, die prinzipiell in die richtige Richtung gehen, aber in der Regel nicht einmal die Hälfte der Problematik erfassen. Denn soll der Erfolg der AfD begriffen werden, muß mehr als die bloße Tatsache existentieller Verunsicherung in den Alltags- und Lebenskontexten durch „die Globalisierung“ thematisiert werden. Und es ist auch nicht ausreichend, wenn davon gesprochen wird, daß die AfD „aus den Ängsten der Menschen Profit schlagen will“.

Beides ist nicht falsch, jedoch noch keine Erklärung, warum der AfD eine so erstaunliche Mobilisierung gelungen ist. Wenn die Ursachen entschlüsselt werden sollen, muß über die bloße Beschreibung krisenhafter Sozialverhältnisse (die natürlich die Basis jeder ernsthaften Analyse sind) hinausgegangen und die Frage gestellt werden, welche subjektiven Bedürfnisse mit rechtspopulistischen Schlagworten und symbolischen Aktivitäten bedient werden.

Bedürfnis nach Weltanschauung

Neben der Befriedigung eines fehlgeleiteten Protestbedürfnisses liegt das „Geheimnis“ der Hinwendung zum Rechtspopulismus über alle soziokulturellen Grenzen zwischen Arbeitern und kleinbürgerlichen Existenzen hinweg darin, daß den Krisenopfern eine (Pseudo-)Erklärung der Ursachen ihrer schwierigen Lebenssituation angeboten wird. Von grundlegender Bedeutung ist das bekannte Spiel: Der Rechtspopulismus definiert relevante Sündenböcke und leitet Frustrationen und Ängste auf identifizierbare „Problem“-Gruppen, auf „die Juden“, „die Ausländer“ oder „die Flüchtlinge“ um. Die Abwertung von anderen wird zur Bedingung der eigenen

Selbsterhöhung nach dem Motto „Auch wenn du sozial ganz unten bist, kannst du immerhin stolz empfinden, ein Deutscher zu sein.“ Der Rechtspopulismus schwimmt dabei im herrschenden Irrationalismus wie der Fisch im Wasser; er nutzt die verbreiteten Vorurteile weidlich aus – ist aber nicht deren Verursacher.²⁵ Er kann nur deshalb überzeugen und Zustimmung erlangen, weil er an existierende Abwertungsmuster anschließt und sie „systematisiert“. Nicht der Rechtspopulismus entsolidarisiert die Gesellschaft, sondern er instrumentalisiert vorhandene Spaltungen. Aber es geht um mehr: Die von der Krise Gebeutelten können sich durch die Propagandaformeln ein „Bild von der (sozialen) Welt“ machen, auch wenn dieses schief und verzerrt, widersprüchlich, paradox und regelrecht dämlich ist. Sie können mit diesen Trugbildern der unverständlichen und als bedrohlich erfahrenen Welt wenigstens die (zeitweilig „beruhigende“) Illusion erzeugen, deren Abläufe endlich verstanden zu haben. Deshalb haben in Krisenzeiten rückwärtsgewandte Weltanschauungen Hochkonjunktur. In Situationen sozialer Verunsicherung und Perspektivlosigkeit haben Menschen ein gesteigertes Bedürfnis nach „Welterklärungen“: Sie wollen sich einen Reim auf ihre bedrückende Lage machen.²⁶ Aber was kann dagegen getan werden? Auf keinen Fall reicht ein normativer Antifaschismus aus. Wird die geschilderte „existentielle“ Funktionalität rechter „Antworten“ in Rechnung gestellt, ist leicht nachvollziehbar, daß dieser Entwicklung mit bloßen Appellen alleine nicht beizukommen ist. Die antifaschistische Praxis ist nicht falsch – problematisch ist, was sie unterläßt.

Die rechte Gesinnung fungiert für die psychisch und mental Angegriffenen, wenn auch in perverser Form, als „Geist geistloser Zustände“ (Marx), als individualpsychischer „Rettungsanker“. Bleibt dies unberücksichtigt, haben der vernunftorientierte Antifaschismus und aufklärende Antirassismus nur begrenzte Wirkung, weil ihre Orientierungsebenen nicht unmittelbar mit den „Interessenslagen“ der Sympathisanten dieser Irrationalismen übereinstimmen. Nationalistische Ideologien sind zudem nicht durch den Hinweis auf ihre Widersprüche und Paradoxien zu neutralisieren, denn bis zu einem gewissen Grad liegt gerade in der inhaltlichen Heterogenität das Geheimnis ihres Erfolges. Die assoziativ-populistischen Argumentationsmuster sind so gestrickt, daß konkrete Erfahrungsmomente mit einem diffusen Weltbild und dumpfen Emotionen vermittelt werden können.

Was ist die Alternative?

Auf die Existenzsorgen der Menschen müßten, um alldem zu begegnen, zuallererst überzeugende und glaubwürdige Antworten, Zukunftsperspektiven gegeben werden. Mit einer (berechtigten) Forderung nach Erhöhung des Mindestlohnes auf zwölf Euro ist es jedenfalls nicht getan, denn ein Bollwerk gegen den rechten Formierungsprozeß kann nur eine soziale Bewegung bilden, die nicht nur aufklärend agiert, sondern eine realistische Zuversicht vermittelt, auch wenn ein Blick auf die sozialen Kräfteverhältnisse und die politische Kultur in Deutschland nicht optimistisch stimmt. Es kommt hinzu, daß zukunftsorientierte Konzepte und Phantasien in den öffentlichen Diskussionen kaum noch eine Rolle spielen. Aber an ihrer Entwicklung wäre vorrangig im Rahmen einer politischen Bewegung zu arbeiten, die sich den Interessen einer Bevölkerungsmehrheit verpflichtet fühlt.

Wer den Rechten das Wasser abgraben will, muß für die Rücknahme von Sozialabbau und Rentenkürzungen kämpfen und das Arbeits- und Sozialrecht so „restaurieren“, daß die Misere

der Prekarität beseitigt wird. Eine Sofortmaßnahme wäre die Wiederherstellung der Arbeitslosenversicherung auf dem Niveau, das vor den Konterreformen der Schröderschen „Agenda“-Politik bestand, also die Rückkehr zur einkommensabhängigen Zahlung von Unterstützungsleistungen über die einjährige Arbeitslosenphase hinaus. Das sollte zum unverzichtbaren Bestandteil einer antifaschistischen Strategie werden. Jedoch genauso wichtig wären Konzepte zur konsequenten Absenkung der sogenannten Normalarbeitszeit, um vorhandene Arbeit auf alle Köpfe zu verteilen. Für diese politischen Kernpunkte würde es sich schon lohnen „aufzustehen“.

Flankiert werden müßten solche politischen Initiativen von einer gründlichen Aufklärungskampagne, d. h. der Vermittlung eines Wissens, das an die alltäglichen Probleme anschließt und die Gründe für die zunehmende Prekarisierung thematisiert. Denn Not alleine lehrt noch nicht das Denken, jedenfalls nicht das kritische. Die isolierte Erfahrung, so bedrängend und belastend sie auch sein mag, muß zu den Ursachen sozialer Ungleichheit in Beziehung gesetzt werden.

Nicht zuletzt geht es um eine radikale Demokratisierung aller Arbeits- und Lebensverhältnisse. Für die Gewerkschaften ist es überfällig, ein umfassendes politisches Mandat in Anspruch zu nehmen. Dabei kann durchaus an vergessene Traditionen angeschlossen werden, „denn die Gewerkschaften hatten nach Kriegsende ganz selbstverständlich ein umfassendes politisches Mandat wahrgenommen; es ging ihnen um die Legalisierung von Erfahrungen, welche die Arbeiterbewegung mit dem Faschismus und dem Krieg gemacht hatte“.²⁷ ■



Werner Seppmann: Es geht ein Gespenst um in Europa. Rechte Mobilisierung zwischen Populismus und Neofaschismus. Linke Alternativen. Mangroven-Verlag, Kassel 2018, 304 S., 20 €

Anmerkungen

- 1 Andrea Nahles, zit. n. „Welt am Sonntag“ vom 8. 7. 2007
- 2 Vgl. das Kapitel „Strukturveränderungen der Klassengesellschaft“ in: Werner Seppmann: Kapital und Arbeit. Klassenanalysen I. Kassel 2017, S. 41 ff.; vgl. auch: Ekkehard Lieberam: Die Wiederentdeckung der Klassengesellschaft. Klassenohnmacht, Klassenmobilisierung und Klassenkampf von oben. Bergkamen 2018
- 3 Oliver Nachtwey: Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin 2017, S. 150
- 4 Nach korrigierten aktuellen Zahlen leben mittlerweile 4,4 Millionen Kinder in der BRD in Armutsverhältnissen.
- 5 Boike Rehbein u. a.: Reproduktion sozialer Ungleichheit in Deutschland. Konstanz und München 2015, S. 57
- 6 Vgl.: Armin Mohler: Von rechts gesehen. Stuttgart 1974, S. 32 ff.
- 7 Donatella Di Cesare: Handwerker der Wut. Lega und Fünf-Sterne-Bewegung an der Macht: Ist Italien auf dem Weg in einen neuen Faschismus? in: „Die Zeit“, Nr. 27, 2018
- 8 Vgl.: Andreas Speit: Bürgerliche Scharfmacher. Deutschlands neue rechte Mitte – von AfD bis Pegida. Zürich 2016
- 9 Bernd Müller: Erfolg rechter Medienarbeit, in: „Unsere Zeit“ vom 5. 1. 2018
- 10 Samuel Salzborn: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. Baden-Baden 2015, S. 77
- 11 Ernst Bloch: Erbschaft dieser Zeit. Frankfurt am Main 1973, S. 49
- 12 Dieter Sauer, zitiert nach: „Die Zeit“, Nr. 12, 2018
- 13 Melanie Amann: Die Abstauber, in: „Der Spiegel“, Nr. 11, 2017, S. 39
- 14 Didier Eribon: Rückkehr nach Reims. Berlin 2016, S. 124
- 15 Vgl. Werner Seppmann: Ausgrenzung und Herrschaft. Prekarisierung als Klassenfrage. Hamburg 2013
- 16 Vgl. Klaus Dörre, Anja Hänel, Ingo Matuscheck (Hg.): Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben. Hamburg 2013
- 17 Bernhard Müller, Dieter Sauer, Joachim Bischoff, Richard Detje, Ursula Stöger: Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche. Hamburg 2018, S. 58. Die Veröffentlichung präsentiert und interpretiert die Ergebnisse einer aktuellen Befragung von Beschäftigten aus Industrie- und Dienstleistungsbetrieben.
- 18 Ebd., S. 38
- 19 Zit. n.: ebd., S. 54
- 20 Ebd., S. 39
- 21 Ebd., S. 41. Ein Beschäftigter eines Transportunternehmens: „Was vielen Deutschen Angst macht, daß sie die Arbeitsplätze verlieren, das sind nicht die Asylanten, die bei uns im Hof stehen, das sind die EU-Mitglieder. Das sind die Rumänen, (...) das sind die Litauer und alle, die von da kommen“. (Ebd., S. 47)
- 22 Vgl. Eribon, a. a. O.
- 23 Horst Kahrs: Neuer Nationalismus: Verteidigungsstrategie in globalen Verteidigungskämpfen, in: „Sozialismus“, H. 4/2017, S. 20
- 24 Vgl. Arlie Russell Hochschild: Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten. Frankfurt und New York 2017, S. 96 ff.
- 25 Vgl. Werner Seppmann: Dialektik der Entzivilisierung. Krise, Irrationalismus und Gewalt. Hamburg 2012
- 26 Vgl. Peter Rath-Sangkhakorn, Werner Seppmann: Aufstand der Massen? Rechtspopulistische Mobilisierung und linke Gegenstrategien. Bergkamen 2017
- 27 Oskar Negt: Wozu noch Gewerkschaften? Göttingen 2004, S. 56

Hans Günther – Der Herren eigener Geist

Hans Günther wurde am 8. September 1899 in Bernburg an der Saale als Sohn eines Möbelfabrikanten geboren. Nach dem Abitur, einer Tischlerlehre und dem Studium in Frankfurt am Main promovierte er in den Fächern Wirtschaftswissenschaft und Jura. Als Geschäftsführer einer kleinen Aktiengesellschaft wurde Günther mit der kapitalistischen Wirtschaftspraxis vertraut. Er trennte sich von der Firma, weil er sich mehr und mehr zur Arbeiterklasse hingezogen fühlte. Er wurde erwerbslos, begann ein intensives Studium des „Kapitals“ und wurde 1930 Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands. In Frankfurt am Main, dann in Königsberg und schließlich in Berlin half er, Parteimitgliedern marxistisch-leninistische Bildung zu vermitteln.

Neben seiner Tätigkeit für die Marxistische Abendschule (MASCH) lagen ihm besonders Fragen der Kultur am Herzen. Seine Tätigkeit im Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller (BPRS) fand so viel Anerkennung, daß Günther 1931 im Oktober von der KPD nach Moskau zur „roten Literatur-Internationale“ geschickt wurde, der Internationalen Vereinigung Revolutionärer Schriftsteller (IVRS). Hier entfaltete er eine umfassende literaturkritische Tätigkeit, wobei sein Hauptaugenmerk dem konstruktiven Beitrag der marxistischen Literaturkritik zur antifaschistischen Volksfront galt.

In Moskau reifte Günther zu einem fähigen marxistischen Wissenschaftler, wozu nicht zuletzt sein intensives Studium der Hegelschen Philosophie beitrug.

Sein Hauptwerk ist die 1934 verfaßte Streitschrift „Der Herren eigener Geist“, die als die erste umfassende Analyse der Naziideologie von Georgi Dimitroff mit herangezogen wurde, um das Wesen des Faschismus herauszuarbeiten. Erst nach dem Sieg über den Faschismus erschien mit Georg Lukács' „Zerstörung der Vernunft“ eine ähnlich gründliche Ideologiekritik des faschistischen Systems.

Die Klassengrundlagen der widersprüchlichen und eklektischen Naziideologie aufzudecken und sich nicht mit einer bloß logischen oder individualpsychologischen Argumentation zu begnügen, darin sah Günther seine Hauptaufgabe. In „Der Herren eigener Geist“ liefert er eine kenntnisreiche Analyse und Kritik der pseudosozialistischen Nazidemagogie, des Irrationalismus und der Brutalität der faschistischen Ideologie und stellt diese Ideologie in den Gesamtzusammenhang der Entwicklung imperialistischer deutscher Ideologie. In Auseinandersetzung mit Oswald Spengler, einem der militantesten Vertreter kulturpessimistischer geschichtsphilosophischer Auffassungen des deutschen Imperialismus, der bei der geistigen Wegbereitung des deutschen Faschismus maßgeblich mitwirkte, weist Günther nach, wie sehr Wirkungsweise und Funktion des Irrationalismus mit der Klassenlage der Großbourgeoisie zusammenhängen und leitet die nicht zu übersehende Wirksamkeit der „Massenseuche Faschismus“ aus den Bedingungen und dem Funktionieren ihres Wirkens ab.

Das Buch „Der Herren eigener Geist“ ist als direkte Gegenschrift zu Oswald Spenglers „Jahr der Entscheidung“ (1933) verfaßt, versteht sich aber gleichzeitig als solidarische Auseinandersetzung mit Heinrich Manns antifaschistischem publizistischem Rückblick auf Weimar aus dem Jahr 1933 mit dem Titel „Der Haß“. Es richtet sich in erster Linie an bürgerliche Intellektuelle, die antifaschisti-

sche Positionen eingenommen haben, und will ihnen und anderen Kräften in der Emigration helfen, die Naziideologie wirksam zu bekämpfen. Die Günthersche Analyse des braunen Ungeists, die übrigens durch die jüngste Forschung zu konservativen Theoretikern des deutschen Faschismus weitgehend bestätigt wird, verweist auf die Beziehungen der Nazis zu den Ideen und Programmen Spenglers und erfaßte die mit dem Faschismus einsetzende neue Stufe des staatsmonopolistischen Entwicklung. Hans Günther belegt, daß soziale Demagogie und Bestialismus die herausragenden Strukturelemente der Naziideologie darstellten. Das Buch „Der Herren eigener Geist“, zum größten Teil bereits im Jahr 1934 verfaßt, hätte fast keinen Verleger gefunden, da der wichtigste Verlag der internationalen kommunistischen Arbeiterbewegung der 30er Jahre, die Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, abgekürzt VEGAAR, sich anfangs nicht entschließen konnte, die Streitschrift Günthers zu veröffentlichen. Erst ein Einspruch von Georgi Dimitroff bewirkte, daß das Manuskript in Druck gehen konnte.

Um die Leistung von Günther heute zu bestimmen, ist es notwendig, auf Voraussetzungen und den damaligen Stand der Klärung theoretisch-strategischer Grundfragen durch die revolutionäre Arbeiterbewegung zu verweisen. Zum einen war Günther im sowjetischen Exil bei seiner wissenschaftlichen Arbeit von manchen Quellen abgeschnitten und mußte sich mit Exzerpten von wichtigen Werken behelfen, zum anderen war Günther, wie die übrigen deutschen Kommunisten vor der Brüsseler Konferenz der KPD, nicht frei von einer Reihe von Fehleinschätzungen, die größtenteils noch aus der Weimarer Republik stammten. Hierzu gehörten Überbleibsel der Sozialfaschismustheorie und unzulängliche Bestimmungen des Verhältnisses von bürgerlicher Demokratie und Faschismus.

Ungeachtet solcher historisch bedingter Mängel, sind Günthers Arbeiten, die seinerzeit als Streitschriften verfaßt wurden, immer noch aktuell. Nachgerade wie ein Programm für heutige antifaschistische Arbeit liest es sich, was er 1936 in einer kameradschaftlichen Kritik an Ernst Bloch schreibt: „Greifen wir an! Nehmen wir jede Frage auf, die nur irgendwie die Massen bewegt! Packen wir selbst den reaktionärsten Philosophen heraus, wenn er einen nennenswerten Einfluß besitzt! Sagen wir in verständlicher Sprache nicht nur, daß, sondern auch, warum wir ihn ablehnen! Mehr noch, wichtiger noch: geben wir auf die gleichen Probleme, die jener falsch, reaktionär gelöst hat, unsere eigene, positive Antwort, eine revolutionäre, allseitige lebendige Antwort! Dann werden wir sehen, ob dies junge Menschen von heute nicht brennend interessiert.“

Günthers Schriften wurden auch von seinen Gegnern in Nazi-Deutschland aufmerksam gelesen. Am 25. Juli 1937 verkündete der „Deutsche Reichsanzeiger und Preußische Staatsanzeiger“ die Ausbürgerung des Mannes, der eine der wichtigsten antifaschistischen Publikationen überhaupt verfaßt hatte. ■

(Gestützt auf UZ-Archiv, W. H.)

Zur Aktualität der Ideologie des deutschen Faschismus

Wo einflußreiche Magazine wie der „Stern“ die pseudosozialistische Demagogie junger Faschisten erneut für bare Münze ausgeben, die Strauß & Laurien KG den Faschismus und die NSDAP gar zur sozialistischen Bewegung umdichten und dabei innenpolitisch feste Feindbilder im Auge haben¹, muß daran erinnert werden, daß die NSDAP „nicht jene Partei mit dem größten Anteil an Wählerstimmen hätte werden können, wenn der Klassencharakter dieser faschistischen Bewegung offen zutage getreten wäre“². Georgi Dimitroff hatte 1935 die „raffinierte antikapitalistische Demagogie“ gekennzeichnet, mit der sich der Faschismus an die Massen heranmachte: „Dem Faschismus gelingt es, die Massen zu gewinnen, weil er in demagogischer Weise an ihre brennendsten Nöte und Bedürfnisse appelliert. Der Faschismus entfacht nicht nur die in den Massen tief verwurzelten Vorurteile, sondern er spekuliert auch auf die besten Gefühle der Massen, auf ihr Gerechtigkeitsgefühl und mitunter sogar auf ihre revolutionären Traditionen ...“³ Clara Zetkin hatte bereits 1923 (!) die *soziale Basis des Faschismus* „nicht nur in der ungeheuerlichen Verelendung des Proletariats“ gesehen, „sondern ebenso in der Proletarisierung breiter klein- und mittelbürgerlicher Massen, in dem Notstand des Kleinbauernums und in dem grauen Elend der Intelligenz“. Zehn Jahre bevor sich nach der Machtübernahme der Faschisten der Horizont über Deutschland und Europa blutig verfärbte, sprach sie die prophetische Warnung aus: „Nur wenn wir verstehen, daß der Faschismus eine zündende, mitreißende Wirkung auf breite soziale Massen ausübt, die die frühere Existenzsicherheit und damit häufig den Glauben an die Ordnung von heute schon verloren haben, werden wir ihn bekämpfen können.“⁴

Nun wird man von denen, die vom Wesen des Faschismus schweigen, weil sie vom Imperialismus reden müßten, nicht erwarten, daß sie die Schriften und Leistungen der antifaschistischen Volksfront würdigen oder die Fülle differenzierter marxistischer Einzeldarstellungen über das Problem Faschismus⁵. In die Dunkelkammer der Geschichte aber versucht etwa der Westberliner Senat das Phänomen Faschismus abzuschieben, wenn er beispielsweise einer Ausstellung zur Bücherverbrennung in der Akademie der Künste den Auftrag gibt, „die Ursachen der intellektuellen Irreführung aufzuzeigen, die in der Bücherverbrennung ihren propagandistischen und rational kaum begreifbaren Höhepunkt fand“⁶. Vom mystischen Dunkel des Goebelsschen Szenariums offenbar geblendet, vergißt der Senat, daß der Verbrennung von Büchern die Verbrennung von Menschen folgte – und hierin teuflische Logik lag. Tatsache 1982: Der westdeutsche Verfassungs-„schutz“ mußte im August auf „zunehmende rassistische und nationalistische Motive“ beim gefährlichen Anwachsen ausländerfeindlicher Aktivitäten von Jungnazis hinweisen, wobei der „Dunstkreis des Rechtsextremismus“ geschickt „wirtschaftliche Existenz- und Überfremdungsängste der Bürger ausnutzt, um über propagandistisch geförderte Vorurteile hinaus für ihre weitergehenden politischen Ziele breite Unterstützung zu erreichen“⁷.

War der Faschismus „Wahnwitz, einfach absurd, Nonsens“?

Daß der NS-Wahnwitz durchaus eine eigene eiskalte Logik und Methode hatte, beweist der zu Unrecht in Vergessenheit geratene

frühe Faschismustheoretiker der KPD, Hans Günther, in seinen weitgehend 1933 bis 1936 entstandenen Schriften „Der Herren eigener Geist“, die vom Aufbau-Verlag Berlin und Weimar in einer Auswahl wieder aufgelegt wurden. Hans Günther belegt in seinen philosophie-, ideologie- und literaturkritischen Arbeiten: Die faschistische „Nationalsozialistische Partei Deutschlands“ war bis in ihren Namen hinein geradezu gezwungen, sich pseudosozialistisch zu tarnen, um sich im Kleid des proletarischen Gegners an die Macht zu schleichen und die antikapitalistische Sehnsucht eines Teils ihrer Wähler letztendlich zur Rettung des Kapitalismus zu mißbrauchen. Denn die „neue Ordnung“ der Faschisten war der Versuch, der alten Ordnung ihr antiparlamentarisches Überleben zu sichern. Ob ihrer Operativität und eingreifenden Polemik von der sich formierenden antifaschistischen Einheitsfront hochgeschätzt, liefert Günther eine für die damalige Zeit schon erstaunlich gründliche Analyse der faschistischen Ideologie und ihrer Repräsentanten, nationalistischer Denker sowie reaktionärer Philosophen und konservativer Ideologen als Wegbereiter des Faschismus.

Mit Vokabeln wie „Wahnwitz, einfach absurd, Nonsens“ taten viele Antifaschisten damals den Faschismus noch als eklektizistisches Sammelsurium einer Philosophie der Dummheit ab. Angewidert vom Grölen der braunen Horden, sah selbst ein Lion Feuchtwanger die ganze Hakenkreuzerei als Intermezzo, den Sieg der Dummheit über die Klugheit, den Aufstand der weniger Gesitteten gegen die Vernunft an. Als Hilfe im Kampf gegen den Faschismus würdigten Antifaschisten deshalb insbesondere Hans Günthers Hauptwerk „Der Herren eigener Geist – Die Ideologie des Nationalsozialismus“, das 1935 auch den Delegierten des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale zugeht und dessen Erkenntnisse sichtbar in den Text des dort von Georgi Dimitroff gehaltenen Hauptreferats eingegangen sind. Offen und kameradschaftlich zugleich hielt Günther der damals unter Antifaschisten verbreiteten psychologisierenden Betrachtung des Faschismus entgegen: „Wir halten jenen ideologischen Kampf gegen den Faschismus für den wirksamsten, der uns ‚die Umstände verändern‘ hilft. Das vermag nur eine Kritik, die die *Klassengrundlage* der faschistischen Weltanschauung aufdeckt, samt ihrer *klassenmäßigen Entstehungsgeschichte*. Eine solche Kritik begreift die von Ihnen geübte logische und individualpsychologische Argumentation in sich ein und bedeutet doch einen Schritt über sie hinaus.“ (S. 10)⁸

Wie stark Günthers entlarvende Analyse selbst auf der (Nazi-) Herren eignen Geist wirkte, zeigt deren Begründung auf Abberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit von Hans Günther. Kein Geringerer als der SS-Führer Heydrich schreibt am 12. März 1936 zu „Der Herren eigener Geist“: Günther „versucht zu beweisen, daß der Faschismus der letzte verzweifelte Versuch des kapitalistischen Systems sei, seine Macht zu bewahren. Der Nationalsozialismus habe den Kapitalismus in der heuchlerischen Maske seines Gegners gerettet, unter dem Vorwand, ihn zu vernichten. (...) Aus dem Arsenal des primitiven Denkens seien elende Mystizismen, religiöser Aberglaube, Magie und okkulte Wissenschaften hervorgeholt worden, um aus ihnen Waffen für

den Bürgerkrieg zu schmieden, und keine Lüge sei niedrig genug, um die Riesengestalt des proletarischen Widersachers in den Augen der Massen als jüdisch, liberalistisch, verbrecherisch und minderwertig zu schmähen.“

Dem Un-Geist der schwarzen SS-Herren entsprechend gab man daher später den Befehl, daß Hans Günther „auf ewig“ ins Konzentrationslager einzuschließen sei, „wo immer man seiner habhaft werden könne“.

„Mit Hilfe der Massen zur Macht gegen die Massen“

Hitler selbst hatte am 10. Mai 1933 den Grundcharakter der faschistischen Ideologie mit den Worten gekennzeichnet, „daß ich meine Aufgabe vor der deutschen Geschichte darin sehe, den Marxismus zu vernichten“ (S. 55) – und in den braunen Fußstapfen wandelt auch Bayerns Führer Franz Josef Strauß 1982 mit seinem „Manifest eines Atlantikers“: Die „globale Auseinandersetzung“ müsse in „einer koordinierten politischen Strategie der freien Welt“⁹ gegenüber dem realen Sozialismus enden.

Auf die Kontinuität des Antimarxismus in der faschistischen Ideologie hatte Hans Günther 1935 mit der Erkenntnis aufmerksam gemacht: „Die faschistische Ideologie ist eine antimarxistische ‚Weltanschauung‘. Der Faschismus ist auch ideologisch: präventive Konterrevolution“ (S. 55).

Um aber „mit Hilfe der Massen zur Macht gegen die Massen“ zu gelangen, bedürfe es einer „spezifischen faschistischen Verlogenheit“. Diese lag darin, daß „der Kapitalismus von den Nazis nur ‚gerettet‘ werden konnte, indem sie ihrer überwiegend antikapitalistisch eingestellten Gefolgschaft die Aufhebung des Kapitalismus versprachen; spezifisch weltanschaulich, indem sie den Kapitalismus nicht mehr verteidigten und verherrlichten, sondern – scheinbar – bekämpften und kritisierten“ (S. 64). Ein Beweis dafür war beispielsweise der Nazischwindel von der „nationalen Befreiung“, hinter dem ihr Plan zur Neuaufteilung Europas auf Kosten anderer Völker, des Kriegs als „Ausweg“ aus der Krise im Profitinteresse des Finanzkapitals und zu Lasten der Werktätigen stand. Hans Günther skizzierte daher – vier Jahre vor dem 2. Weltkrieg – *den Nationalismus als Kriegsideo-logie*: „Der Name ‚Nationalismus‘ bezeichnet ... immer nur das Recht der einen, sich maßlos zu bereichern, und die Gewißheit für die anderen, sich ausplündern zu lassen. Der Nationalismus ist ein ideologisches Machtinstrument in den Händen der Trustmagnaten“ (S. 71). Aktuelle Bezüge zur gegenwärtigen Verabreichung des Giftes Nationalismus sind auch hier nicht von der Hand zu weisen, wenn man an die verheerende Wirkung unter Jugendlichen denkt: „Von der Wut über soziale und politische Mißstände, Wut über diesen Staat ... kommen sie zu elitär-nationalistischen, antisemitischen, ausländerfeindlichen und rassistischen Haltungen und Zusammenschlüssen. Dabei erlangt ein primitiver Nationalismus immer größeres Gewicht.“¹⁰

„Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ und „Ausländer-raus“-Parolen drängen sich als Parallele geradezu auf, wenn man Hans Günthers ausführliche Beschreibung des „Volksgemeinschafts“-Schwindels der Nazis liest. Wo Hetzbroschüren wie „Ausländerintegration ist Völkermord“ in 153 Westberliner Schulen offen ausliegen konnten, wird auch die „Zerstörung der Demokratie“ wieder in Kauf genommen: Die schwarze „Toleranz“ der CDU gegenüber den Braunen duldet den Abstieg von traditionellen Vorurteilen zur reaktionären Gewalt und zum Terror von Alt- und Jungfaschisten.

Schon einmal wurde ein Krieg „unter der Maske eines Verteidigungs- und Freiheitskrieges“ (S. 106 ff.) vorbereitet. Alfred Rosenberg war es lange vor Reagan und Strauß, der im „Völkischen Beobachter“



Hans Günther: Der Herren eigener Geist

Erstausgabe, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau/Leningrad 1935

vom 10. 2. 1935 geiferte, der Bolschewismus wolle „Deutschland als Sprungbrett für die Weltrevolution benützen“. Wie sehr das Schicksal von Krisen-Ideologen vom realen Verlauf der Krise abhängt, zeichnet Hans Günther an den starken Schwankungen innerhalb der sozialen Basis der NSDAP-Anhänger nach. Tatsächlich konnte die Hitlerpartei einen Stimmenzuwachs immer in Zeiten der sich verschärfenden kapitalistischen Krise verbuchen, in Zeiten relativer Stabilisierung der Wirtschaft verlor sie massenhaft Anhänger. Erst mit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise begann der eigentliche Aufstieg des deutschen Faschismus: Jetzt konnte auch ihre soziale Demagogie auf fruchtbaren Boden fallen, die NSDAP „wurde groß, weil zur nationalen die soziale Phrase kam“ (S. 124).

Ernst Jünger und die „kulturellen Soldaten Adolf Hitlers“

Philosophische Quellen der faschistischen Ideologie waren u. a. die Vertreter des Irrationalismus, Mystizismus und der „Lebensphilosophie“. In das nazistische Erbgemengsel von Massenfeindlichkeit, Führer- und Heroenkult wurden Spengler, Simmel, Dilthey und andere ebenso eingepaßt wie der rückwärtsgewandte Neuromantizismus und der späte Nietzsche mit seinen blond-lüsternen Bestien. Wie sehr sich nach der Verbannung der wirklichen Größen des deutschen Geistes Literaten des Dritten Reichs als „geistige SA, die kulturellen Soldaten Adolf Hitlers“ (so Hans Johst) verstanden und Kriegsliteratur produzierten, analysiert Hans Günther beispielsweise in seiner umfangreichen Bestandsaufnahme „Faschistische Kriegsliteratur“ (S. 534 ff.). Auch vom geistigen Zutreiber, Kriegsverherrlicher und präfaschistischen Wegbereiter des Nationalsozialismus, Ernst Jünger, ist da die Rede.

Den Schinder und Henker Ernst Jünger, wie ihn Thomas Mann einmal richtig genannt hat, entlarvt Hans Günther mit Originalzitate. Ernst Jünger, der 1982 mit der Annahme des Goethe-Preises unseren größten Dichter beschmutzte und im „Spiegel“ kritisierte, daß man heute „Ich bin ein Faschist“ nicht sagen dürfe¹¹, hat schon vor mehr als einem halben Jahrhundert den Krieg in unglaublich zynischer und offener Weise verherrlicht: „Es muß Krieg sein, damit Deutschland werde.“ Ernst Jünger, der den Krieg als „Maß aller Dinge“ feierte,



Hans Günther: Der Herren eigener Geist

Ausgewählte Schriften. Aufbau-Verlag, Berlin/Weimar 1981

ist ein durch und durch antidemokratisch-autoritärer Anarch: ein reaktionärer Sprachartist und Vater der (wiederauflebenden) „Ästhetik des Schreckens“, der sich die Bombardierung von Paris mit einem Glas Burgunder in der Hand anschaut und später davon schwärmt: „gleich einem Kelche, der zu tödlicher Befruchtung überflugen wird“. Der faschistische Trittbrettfahrer Ernst Jünger ist in der Krise wieder „in“, und konservative Tendenzwender wie CDU-Chef Kohl feiern Jüngers „kompromißlose Menschlichkeit“¹². Anscheinend drückt „Menschlichkeit“ folgender Satz Ernst Jüngers aus: „Daher sind jene Leute, die den Krieg abschaffen wollen, ebenso lächerlich wie jene Asketen, die gegen die Zeugung predigen.“

Kurt Tucholsky kennzeichnete diesen Ernst Jünger als „tüchtigen Kriegsberichterstätter“ und das, was er schreibt, als „geistig dünn, unterernährt und um so mehr von gestern, als es sich von morgen zu sein gibt“¹³. Für die Grimm, Johst, Dwinger, Blunck und andere Nazi-Literaten trifft zu, daß sie als „geistige SA“ ihre Aufgabe im „Weltanschauungskrieg“ der faschistischen Ideologie erfüllten. Hans Günther zum Sinn und Zweck, zum Kern der geistigen Verführung durch die Nazis: „Das Volk massenpsychologisch zum Krieg zu präparieren! Ihm bei verschärfter Ausbeutung sogar das Bewußtsein des Ausgebeutetwerdens zu rauben! Ihm ,die Hölle als Himmel und das elende Leben als Paradies weiszumachen‘!“ (S. 210)

Mit der Herausgabe der ausgewählten Schriften Hans Günthers hat der Aufbau-Verlag ein bisher für uns Nachgeborene wenig bekanntes Erbe wieder erschlossen. Auch über die Person des Autors und seine Verdienste wird im kenntnisreichen Nachwort Werner Röhrs und Simone Barcks informiert (S. 761 ff.): Hans Günther (1899–1938), Mitglied der KPD ab 1930, war promovierter Wirtschaftswissenschaftler, führte 1931/32 im Auftrag der Abteilung Agitation und Propaganda des ZK der KPD Seminarwochen in vielen Teilen Deutschlands durch, hielt Vorträge an der Berliner MASCH, war Verfasser von Parteibroschüren, Autor der „Linkskurve“ und der „Roten Fahne“. 1932 nach Moskau in den Vorstand der „Internationalen Vereinigung Revolutionärer Schriftsteller“ (IVRS) delegiert, widmete er seine Hauptkraft der sozialistischen Literatur sowie der Formierung des antifaschistischen Kampfes. Auch das kultur- und literaturpolitische Schaffen Günthers spiegelt sich daher im Auswahlband wider. Hans Günther wurde am

4. 11. 1936 wegen ungerechtfertigter Anschuldigungen verhaftet und verstarb am 10. 10. 1938 in Wladiwostok an Typhus. 1956 wurde er von der Regierung der UdSSR rehabilitiert. Wer einmal begonnen hat, in diesem Buch zu lesen, wird den Brief Johannes R. Bechers an Willi Bredel verstehen, der zu „Der Herren eigener Geist“ schrieb: „Ich muß offen gestehen, ich habe nach solcher Lektüre geradezu Heißhunger. Das Buch ist für mich persönlich sehr wertvoll ...“¹⁴

Henning Müller

(Leicht gekürzt aus „Konsequent“, Heft 4/1982)

Anmerkungen

- 1 „Stern“ Nr. 10/82, S. 98 ff.: Die roten Nazis; vgl. Franz Josef Strauß, Gebote der Freiheit, München 1980, S. 64, sowie: Hanna-Renate Laurien, zit. nach: „Die Wahrheit“, 27. 8. 1982; vgl. Henning Müller, Antifaschismus, Friedensbewegung und „neue Rechte“, in: „Die Wahrheit“, 28./29. 8. 1982
- 2 Joachim Petzold, Die objektive Funktion des Faschismus im subjektiven Selbstverständnis der Faschisten, in: „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, Berlin/DDR, Heft 4/1980, S. 357
- 3 Georgi Dimitroff, Bericht auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, 2. 8. 1935, in: Werke, Bd. 2, Berlin 1958, S. 525 ff.
- 4 Clara Zetkin, Der Kampf gegen den Faschismus, Bericht auf dem Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 20. 6. 1923, in: Werke, Bd. 2, Berlin 1960, S. 693
- 5 Vgl. hierzu: Reiner Zilkenat, Schwerpunkt: Faschismustheorien, in: „Konsequent“ 3/1980, S. 118 ff.; ders.: Probleme der Faschismusanalyse, in: „Konsequent“ 2/1981, S. 81 ff.
- 6 Abgeordnetenhaus von Berlin, Drucksache 9/649, Westberlin 13. 8. 1982, S. 47
- 7 „Tagesspiegel“, 20. 8. 1982
- 8 Zu aktuellen psychologischen Erklärungsversuchen des Faschismus: Ute Holzkamp-Osterkamp in „Konsequent“ 4/1982, S. 63 ff.
- 9 Franz Josef Strauß, Manifest eines Atlantikers, in: „Bayernkurier“, 21. 8. 1982
- 10 Frank Stern, Westberliner Grauzone zwischen Konservatismus und Faschismus, Zur aktuellen Diskussion über den Rechtsextremismus, in: „Konsequent“ 2/1982, S. 64
- 12 „Tagesspiegel“, 28. 8. 1982
- 13 Kurt Tucholsky, Der Leerlauf eines Heroismus (1930), in: Gesammelte Werke, Bd. 8. Reinbek 1975, S. 278
- 14 Johannes R. Becher, Brief vom 3. 10. 1935, Johannes-R.-Becher-Archiv der Akademie der Künste der DDR, Berlin

Greifen wir an! Nehmen wir jede Frage auf, die nur irgendwie die Massen bewegt! Packen wir selbst den reaktionärsten Philosophen heraus, wenn er einen nennenswerten Einfluß besitzt! Sagen wir in verständlicher Sprache, nicht nur daß, sondern auch warum wir ihn ablehnen! Mehr noch, wichtiger noch: geben wir auf die gleichen Probleme, die jener falsch, reaktionär gelöst, unsere eigene, positive Antwort, eine revolutionäre, allseitige, lebendige Antwort! Dann werden wir sehen, ob dies junge Menschen von heute nicht brennend interessiert.

Hans Günther: Antwort an Ernst Bloch.

In: „Internationale Literatur“, Jg. 6 (1936), Nr. 8

Heinz Brüdigam: Der Schoß ist fruchtbar noch

Neonazistische, militaristische, nationalistische Literatur und Publizistik in der Bundesrepublik

Röderberg-Verlag, Frankfurt/Main 1965
(2., neubearbeitete Aufl.), 344 S.

Deutschland erwacht

Die neuen Nazis – Aktionen und Provokationen

Mit Beiträgen von Ossip K. Flechtheim, Heiner Lichtenstein, Warner J. Poelchau, Klaus Thüsing

Lamuv-Verlag, Köln 1978, 128 S.,
zahlreiche Dokumente

Michael R. Lang (Hg.): „Straße frei ...“

Die neue Nazi-Internationale

Vorwort: Carl Amery

Aus dem Vorwort:

Der Baukasten, aus dem neue Faschismen entstehen, ist wieder da – und es wäre ein Wunder, wenn es anders wäre. Die Lehre vom Faschismus als einem „Signum“ einer bestimmten Epoche, die mit 1945 zu Ende ging, läßt sich nicht mehr aufrechterhalten.

Rotation-Verlag, Westberlin 1982, 250 S.

Daniel Bax: Die Volksverführer

Warum Rechtspopulismus so erfolgreich ist

Westend-Verlag, Frankfurt/Main 2018, 288 S., 20 €

Peter Zudeick: Heimat. Volk. Vaterland

Eine Kampfansage an rechts

Westend-Verlag, Frankfurt/Main 2018, 192 S., 18 €

Gerd Wiegel: Ein aufhaltsamer Aufstieg

Alternativen zu AfD & Co.

Gerd Wiegel analysiert die im Neoliberalismus wurzelnden Aufstiegsbedingungen der AfD. Und er zeigt, wie der völkischen Instrumentalisierung der „sozialen Frage“ begegnet werden kann.

PapyRossa-Verlag, Köln 2017, 126 S., 12,90 €

Alexander Häusler (Hg.): Völkisch-autoritärer Populismus

Der Rechtsruck in Deutschland, der sich mit den AfD-Wahlerfolgen vollzieht, ruft öffentliche Verunsicherung hervor: Wie weit geht er, und was sind seine Merkmale? Wird ein völkisch-autoritärer Populismus zur politischen Normalität? Die Autoren nehmen die ideologischen Grundlagen des Rechtspopulismus in den Blick, analysieren das Wählerpotential und gehen Vorbildern und Kooperationspartnern der AfD sowie deren rechtspopulistischem Mediennetzwerk nach.

VSA-Verlag, Hamburg 2018, 160 S., 14,80 €

NEUERSCHEINUNGEN

Phillip Becher: Rechtspopulismus

Reihe Basiswissen

Becher stellt die relevanten wissenschaftlichen Definitionen und Erklärungen zum Rechtspopulismus vor. Mit Profilen rechtspopulistischer Formationen in Europa und den USA sowie der Analyse ihrer Programmatik und Politik geht er ihren Perspektiven, ihrem Verhältnis zum Faschismus und den Folgen nach.

PapyRossa-Verlag, Köln 2014, 124 S., 9,90 €

Wulf D. Hund: Rassismus und Antirassismus

Reihe Basiswissen

Wulf D. Hund verdeutlicht, warum Rassismus als soziales Verhältnis begriffen werden muß, zeigt die diversen Spielarten von Rassismus in der Geschichte und behandelt dessen antisemitische, antimuslimische, antislawische, antiziganistische, koloniale und eugenische Varianten. Und er skizziert Probleme und Perspektiven des Antirassismus.

PapyRossa-Verlag, Köln 2018, 144 S., 9,90 €

Christoph Butterwegge u. a.: Rechtspopulisten im Parlament

Polemik, Agitation und Propaganda der AfD

Seit die AfD in das Europaparlament, mehrere Landtage und den Bundestag eingezogen ist, wird darüber diskutiert, ob die Rechtspopulisten sich dort für längere Zeit etablieren können. Die Rechtspopulisten nur als „Rattenfänger“ oder „braune Demagogen“ abzutun, führt jedenfalls zu ihrer Unterschätzung. Butterwegge, Hentges und Wiegel analysieren klar: Nur ein konsequenter Kampf gegen die äußersten Rechte kann eine Normalisierung der parlamentarischen AfD-Repräsentanz verhindern.

Westend-Verlag, Frankfurt/Main 2018, 256 S., 20 €

Allmendinger/Fährmann/Tietze (Hg.):**Von Biedermännern und Brandstiftern**

Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft

Analysen und Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtspopulisten in Betrieb und Gesellschaft.

VSA-Verlag, Hamburg 2018, 232 S., 14,80 €